

Klodd, Henning

Article — Digitized Version

Frißt die 3. industrielle Revolution ihre Kinder? Beschäftigungspolitische Optionen auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft

Zeitschrift zur politischen Bildung

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Klodd, Henning (1994) : Frißt die 3. industrielle Revolution ihre Kinder? Beschäftigungspolitische Optionen auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft, Zeitschrift zur politischen Bildung, ISSN 0935-1426, Köllen, Bonn, Vol. 31, Iss. 4, pp. 25-29

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1619>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

FRISST DIE 3. INDUSTRIELLE REVOLUTION IHRE KINDER?

Beschäftigungspolitische Optionen auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft

Henning Klodt

Im Verlauf der vergangenen beiden Jahrzehnte ist der Wohlstand in Westdeutschland mehr oder weniger kontinuierlich gestiegen, und zugleich hat sich die Zahl der Arbeitskosten beträchtlich erhöht. Gibt es zwischen diesen beiden Entwicklungen einen Zusammenhang? Ist die Arbeitslosigkeit vielleicht deshalb so hoch, weil der technische Fortschritt es möglich gemacht hat, immer mehr Güter mit immer weniger Arbeit zu produzieren? Hätten wir behutsamer sein sollen beim Einsatz neuer Techniken, um mehr Personen die Möglichkeit zu erhalten, eine berufliche Tätigkeit auszuüben?

Die unmittelbare Antwort des Wirtschaftswissenschaftlers auf diese Frage ist ein klares Nein. Begründen läßt sich diese Position erstens damit, daß ein rascher technischer Fortschritt es erlaubt, zu niedrigeren Kosten zu produzieren. Damit werden bei gegebenen Löhnen mehr Arbeitsplätze rentabel und nicht etwa Arbeitsplätze ver-

nichtet. In einer international offenen Wirtschaft, der die Weltmärkte offenstehen, kann auch das Argument nicht überzeugen, daß es nicht genügend Käufer für die erhöhte Produktion gäbe, denn die Welt Nachfrage nach deutschen Produkten ist nach wie vor groß.

Zweitens läßt sich auf die historische Erfahrung verweisen, insbesondere auf die längerfristige Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Produktion je Arbeitsstunde), die als Indikator für das Tempo des technischen Fortschritts gelten kann. In den fünfziger und sechziger Jahren beispielsweise stieg die Arbeitsproduktivität in Westdeutschland weitaus rascher als heute, doch die Arbeitslosenquote sank kontinuierlich von rund zehn Prozent zu Beginn der fünfziger auf weniger als ein Prozent zum Ende der sechziger Jahre. Arbeitslosigkeit wurde erst wieder zum gesamtwirtschaftlichen Problem, als sich im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre der Pro-

duktionsfortschritt verlangsamte. Andere europäische Industrieländer machten ähnliche Erfahrungen. Auch dort waren die sechziger Jahre die „goldenen“, mit hohen Fortschrittsraten und zugleich mit niedrigen Arbeitslosenquoten. Aufschlußreich ist ebenfalls die Entwicklung in Japan: Der Produktivitätsfortschritt war in der gesamten Nachkriegszeit höher als in den westlichen Industrieländern, und die Arbeitslosenquoten waren niedriger. Erst mit der Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts in jüngster Zeit wird auch in Japan die Arbeitslosigkeit zu einem nennenswerten Problem.

Neue Technologien sichern Arbeitsplätze

Drittens schließlich deutet auch der Vergleich zwischen verschiedenen Branchen eher auf einen negativen als auf einen positiven Zusammenhang zwischen Produktivitätsfortschritt und Arbeitslosigkeit hin. Vor allem innerhalb der Industrie sind die stärksten Beschäftigungsrückgänge in jenen Branchen zu verzeichnen, die am wenigsten neue Technologien einsetzen, etwa im Leder- oder Bekleidungs-gewerbe. Deutlich günstiger entwickelte sich die Beschäftigung etwa in der Chemischen Industrie oder im Maschinen- und Fahrzeugbau, wo gerade durch den Einsatz neuer Technologien Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Man stelle sich einmal vor, die deutsche Automobilindustrie wäre heute

noch auf dem technologischen Entwicklungsstand der siebziger Jahre. Der Konkurrenzkampf mit den Japanern wäre dann sicherlich längst verloren, und es gäbe wohl kaum noch Autos aus deutscher Produktion.

Um das Bild zu vervollständigen, muß allerdings auch darauf verwiesen werden, daß in manchen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten trotz niedriger Fortschrittsraten die Beschäftigung deutlich gestiegen ist. Das Paradebeispiel dafür sind die Vereinigten Staaten. Seit den frühen siebziger Jahren ist dort eine ausgeprägte Produktivitätsschwäche zu beobachten, doch zugleich nahm die Zahl der Arbeitsplätze in der US-amerikanischen Wirtschaft um mehr als 30 Prozent zu. Ausschlaggebend dafür war vor allem, daß den niedrigen Fortschrittsraten bei der Arbeitsproduktivität zugleich niedrige Lohnsteigerungen gegenüberstanden, wobei in manchen Bereichen sogar Lohnkürzungen hingenommen wurden.

Die allgemeine Schlußfolgerung aus all diesen Beobachtungen lautet, daß das Tempo des technischen Fortschritts und die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung keineswegs mechanisch miteinander verknüpft sind. Letztlich kommt es auf das Zusammenspiel von drei Größen an: Produktivität, Lohnentwicklung und Beschäftigung. Der in einer Volkswirtschaft erzielte Produktivitätsfortschritt gibt den Spielraum vor, der in den Tarifverhandlungen zur Verteilung verfügbar ist. Gehen die Lohnabschlüsse über den Produktivi-

tätsfortschritt hinaus, wird die Zahl der rentablen Arbeitsplätze kleiner; bleiben die Löhne hinter der Produktivität zurück, kann die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung steigen. Die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit der Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts gestiegen ist, läßt sich demnach so deuten, daß die Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums von den Tarifparteien nur ungenügend berücksichtigt worden ist.

Wandel in den Tätigkeitsprofilen

Mit dieser Schlußfolgerung wird die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt allerdings nur holzschnittartig skizziert. Tatsächlich verbirgt sich hinter der hohen gesamt wirtschaftlichen Arbeitslosigkeit ein beträchtliches Ausmaß an struktureller Arbeitslosigkeit, d. h. von Arbeitslosigkeit, die auf ein Auseinanderklaffen zwischen den am Arbeitsmarkt geforderten Qualifikationen einerseits und den Qualifikationsprofilen der Arbeitssuchenden andererseits zurückzuführen ist. Wirtschaftliches Wachstum ist mit einem permanenten Strukturwandel verknüpft, und mit dem Wandel der Produktionsstrukturen wandeln sich auch die Qualifikationsanforderungen am Arbeitsmarkt.

Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung gewinnt der Dienstleistungssektor immer mehr an Bedeutung, während die Beschäftigungsmöglichkeiten im industriellen Sektor schrumpfen. Auch innerhalb der Indu-

strie verändern sich die Qualifikationsanforderungen: Reine Produktionstätigkeiten, bei denen es vor allem auf physische Fertigkeiten ankommt, werden zunehmend mechanisiert und automatisiert, während die Bedeutung von Verwaltungs-, Marketing- oder Logistikaufgaben fortwährend steigt. So wird auch in Industrieunternehmen die Zahl der Schreibtischarbeitsplätze immer größer, während viele Arbeitsplätze an der Werkbank der Rationalisierung zum Opfer fallen.*

Ein solcher Wandel in den Tätigkeitsprofilen ist kein Problem, solange der Wandel in der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte mit dem Wandel in den Qualifikationsanforderungen Schritt hält. Ein beträchtlicher Teil dieser Anpassungsaufgabe ist in der Vergangenheit durchaus bewältigt worden – die Qualifikation der westdeutschen Arbeitskräfte ist heute deutlich höher als in den fünfziger oder sechziger Jahren, und auch die Umorientierung der Berufsausbildung auf Dienstleistungsberufe ist deutlich erkennbar.

Wenn sich das Schrumpfen des industriellen Sektors allerdings in ausgeprägten Schüben vollzieht – wie es in den scharfen Rezessionen von 1975, 1982 und 1993 der Fall war –, wird das Beschäftigungssystem

* Wer an einer ausführlichen Analyse des Zusammenhangs zwischen sektoralem Strukturwandel und Arbeitsmarktentwicklung interessiert ist, sei verwiesen auf den fünften Hauptbericht zur Strukturberichterstattung, der in Kürze vom Institut für Weltwirtschaft veröffentlicht wird.

auf eine harte Probe gestellt. In den genannten Rezessionsphasen ging die Zahl der industriellen Arbeitsplätze jeweils um rund eine Million zurück, während die Arbeitsplatzgewinne in den nachfolgenden Aufschwungphasen fast ausschließlich im Dienstleistungssektor zu verzeichnen waren. Als Konsequenz nahm die Sockelarbeitslosigkeit jeweils um rund 800 000 Personen zu. Gerade von der Langzeitarbeitslosigkeit sind in erster Linie Personen betroffen, denen es nicht gelungen ist, mit dem Tempo der Strukturveränderungen Schritt zu halten. Zu dieser Problemgruppe am Arbeitsmarkt ist im Zuge der Transformationskrise nach der deutschen Vereinigung eine entsprechende Problemgruppe in den neuen Bundesländern hinzugekommen.

Zweifel an richtiger Weichenstellung

Der Königsweg zur Lösung dieses strukturellen Arbeitsmarktproblems liegt eindeutig bei der Verbesserung des Qualifikationsangebots, wobei in erster Linie die Bildungspolitik, aber auch die Qualifizierungsleistungen der Unternehmen gefordert sind. Es gibt berechtigte Zweifel daran, daß hier die Weichen in der Bundesrepublik Deutschland überall richtig gestellt sind. Hinzu kommt, daß die bildungspolitische Option erst auf längere Sicht Erfolge verspricht, da die strukturelle Arbeitslosigkeit gerade jene Personengruppen trifft, die

ihre Ausbildungsphase weitgehend hinter sich haben. Die aktive Arbeitsmarktpolitik kann hier nicht viel mehr leisten als eine Symptombekämpfung: durch Arbeitsbeschaffung sowie durch eine nachträgliche Reparatur der Qualifikationsdefizite mit Fortbildung und Umschulung. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist der Bedarf für derartige Maßnahmen hoch, doch die Hoffnung, durch einen Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu einem „Zweiten Arbeitsmarkt“ sämtliche Probleme lösen zu können, ist äußerst trügerisch. Denn zum einen dürfte die Erfolgsquote mit zunehmendem Umfang der Programme zurückgehen, zum anderen wird der reguläre Arbeitsmarkt in seiner Funktionsfähigkeit um so stärker beeinträchtigt, je weiter der „Zweite Arbeitsmarkt“ ausgedehnt wird.

Angesichts der begrenzten Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik bleibt als kurzfristiger Ausweg nur die verstärkte Lohndifferenzierung. Dazu ist es in der deutschen Wirtschaft bisher nicht gekommen; die Lohnrelationen zwischen besser und schlechter qualifizierten Arbeitskräften sind im Zeitverlauf bemerkenswert konstant geblieben. Behindert worden ist die Lohndifferenzierung durch die Tarifpolitik, aber auch durch die institutionelle Ausgestaltung der sozialen Sicherung. Die Zumutbarkeitsregeln und die Berechnungsmodalitäten beim Arbeitslosengeld beispielsweise machen es für manche Arbeitslose attraktiver, in der Warteschlange vor den verbliebenen Industrie-arbeits-

plätzen auszuharren, anstatt nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen. Darüber hinaus setzt das allgemeine Sozialhilfeniveau de facto Mindestlöhne, die die Möglichkeiten zur Lohn-differenzierung begrenzen.

**Schlüsselproblem:
Weiterqualifizierung**

Wenn die Arbeitslosigkeit in Zukunft erfolgreich bekämpft werden soll, bedarf es dazu also in allererster Linie einer Intensivierung der Qualifizierungsleistungen, wobei die größten Defizite im Hochschulbereich sowie im Bereich der beruflichen Weiterbildung liegen dürften. Unausweichlich erscheint auch ein grundlegender Kurswechsel in der Tarifpolitik, insbesondere im

Hinblick auf die Differenzierung der Löhne nach qualifikatorischen und regionalen Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt. Flankiert werden muß diese Strategie von einer umfassenden Reform der sozialen Sicherungssysteme, wobei es das Ziel sein sollte, den Schutz der Schwachen in unserer Gesellschaft zu erhalten, ohne die Anreize für die Leistungsfähigen zur Suche nach marktwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten zu beeinträchtigen.

Wenn dies nicht gelingt, könnte es tatsächlich dazu kommen, daß den Deutschen die Arbeit ausgeht. Allerdings nicht deshalb, weil alle produktiven Tätigkeiten von Maschinen ausgeübt würden, sondern weil für die neuen Tätigkeitsfelder in der Dienstleistungsgesellschaft keine Arbeitskräfte mit entsprechenden Qualifikationen und Einkommensforderungen verfügbar wären.

